

## Rede von Helmut Kohl über die Herausforderungen des Binnenmarktes für Industrie und Handel (Köln, 30. November 1988)

**Quelle:** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 09.12.1988, Nr. 172. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Chancen und Impulse des Binnenmarktes für Industrie und Handel", auteur:Kohl, Helmut , p. 1528-1532.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten. Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_helmut\\_kohl\\_uber\\_die\\_herausforderungen\\_des\\_binnenmarktes\\_fur\\_industrie\\_und\\_handel\\_koln\\_30\\_november\\_1988-de-b71b6207-0e9f-4d9a-9d77-c16eb54c6554.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_helmut_kohl_uber_die_herausforderungen_des_binnenmarktes_fur_industrie_und_handel_koln_30_november_1988-de-b71b6207-0e9f-4d9a-9d77-c16eb54c6554.html)

**Publication date:** 20/12/2013

## Chancen und Impulse des Binnenmarktes für Industrie und Handel

### Rede des Bundeskanzlers auf der Unternehmertagung der Ernährungsindustrie in Köln

*Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hielt anlässlich der 5. Unternehmertagung der Ernährungsindustrie am 30. November 1988 in Köln folgende Rede:*

Lieber Herr Bahlsen, meine Damen und Herren!

Für die freundliche Begrüßung danke ich Ihnen sehr. Gerne bin ich Ihrer Einladung gefolgt, weil diese Unternehmertagung der Ernährungsindustrie eine Chance bietet, den Meinungs austausch zwischen Unternehmern und Politik weiter zu vertiefen. Und dieser Meinungs austausch ist gerade jetzt notwendig, weil in den Jahren, die vor uns liegen, sowohl in der internationalen als auch in der nationalen Politik in vielfältiger Weise wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden.

Wenn wir uns in diesen Tagen Klarheit darüber verschaffen wollen, wo die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich steht, dann ist es gut, sich an das zu erinnern, was die von mir geführte Bundesregierung sich bei Übernahme der Regierungsverantwortung vorgenommen hat. Damals, im Herbst 1982, standen drei Dinge für uns ganz im Vordergrund: Wiedergewinnung und Stetigkeit des wirtschaftlichen Wachstums, Stabilität bei den Preisen und eine Trendwende bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die Bilanz, die wir heute ziehen können, möchte ich mit den Worten des Sachverständigenrates so zusammenfassen: „Expansion bei Stabilität - das ist das Markenzeichen der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, die nun in ihr siebtes Jahr geht.“ Diese Einschätzung ergänzt der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten mit der Feststellung: „Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland bleibt auch im kommenden Jahr auf einem Expansionspfad.“ Die Sachverständigen sehen insbesondere „gute Chancen, daß die Beschäftigung weiter steigt“. Ende 1989 wird der Zugewinn an neuen Arbeitsplätzen gegenüber 1983 nach ihrer Auffassung die Marke von 1 Million erreicht haben.

In diesem Gesamturteil unabhängiger Fachleute sehe ich natürlich auch ein Ergebnis unserer Anstrengungen in den letzten Jahren - ein Ergebnis, das in vieler Hinsicht frühere Erwartungen übertrifft, auch wenn wir wissen, daß bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch viel zu tun bleibt.

Im Blick auf die vor uns liegenden Monate erscheint mir eines besonders wichtig: Wachstum und Beschäftigung stehen auf einer breiten und soliden Grundlage. Neben dem privaten Verbrauch sind insbesondere die Investitionen zum Konjunkturmotor geworden. Und wie wichtig dies ist, liegt auf der Hand; denn die Investitionen von heute sichern Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze von morgen.

Wenn ich hier von Investitionen spreche, meine ich dies in einem umfassenden Sinn, denn für mich ist auch das, was wir im Bereich der Forschung tun, eine Investition zur Zukunftssicherung. Es wird viel zu wenig beachtet, daß 60 Mrd. DM an Investitionen für Forschung und Entwicklung in diesem Jahr eine absolute Rekordzahl in unserer Geschichte sind. Wir liegen damit in der Spitzengruppe der großen Industrieländer, zusammen mit den USA und Japan.

Die deutsche Wirtschaft ist auf dem richtigen Weg: Die Unternehmen haben ihre Investitionsplanungen deutlich nach oben revidiert. Und wie nachhaltig sie dies getan haben, läßt sich an folgendem ablesen: In diesem Jahr wird der Anteil der realen Investitionen in Maschinen und Anlagen am Bruttosozialprodukt aller Voraussicht nach den höchsten Stand seit 1971 - also seit siebzehn Jahren! - erreichen. Es lohnt sich also offensichtlich, in Deutschland zu investieren.

Und dies kommt nicht von ungefähr: Die neuesten Berechnungen der Deutschen Bundesbank zeigen, daß sich die Ertragslage der Unternehmen in den letzten Jahren spürbar verbessert hat. Und um angemessene Erträge auch in Zukunft zu ermöglichen, brauchen wir eine starke Investitionsdynamik. Nur so können wir Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung dauerhaft gewährleisten; es geht um die Wettbewerbsfähigkeit in

einem Land, das auch in diesem Jahr wiederum die Nummer eins im Weltexport ist, das Jahr für Jahr zwischen 34 und 35 Prozent seines Bruttosozialproduktes exportiert und das in seiner sozialen Stabilität, in seiner Zukunftsfähigkeit entscheidend davon abhängt, ob es gelingt, auch in kommenden Jahren erstklassige Ware zu angemessenen Preisen auf den Märkten der Welt anzubieten.

Gleichzeitig ist es hierzulande - im Gegensatz zu Entwicklungen in einigen unserer Partnerländer - gelungen, anhaltendes Wachstum weiterhin mit einem hohen Maß an Preisstabilität zu verbinden. Nimmt man den Zeitraum seit 1986, so beläuft sich der Preisanstieg in diesen drei Jahren insgesamt auf lediglich etwa 1 Prozent. Meine Damen und Herren, ein solches Maß an Geldwertstabilität hat es zuletzt vor 30 Jahren gegeben! Das ist das Markenzeichen der deutschen Volkswirtschaft von heute. Dies wiederum hat dazu beigetragen, daß wir in den letzten drei Jahren bei Renten und Realeinkommen den stärksten Anstieg seit Anfang der siebziger Jahre verzeichnen.

Was steht hinter diesen Zahlen? Sie dokumentieren einmal mehr die Erfahrung, daß ein Mehr an Sozialer Marktwirtschaft auch ein Mehr an Chancen für Einkommen und Renten, für Ersparnisse und Wohlstand eröffnet. Und - was mindestens genauso wichtig ist, - diese Einkommen sind keine finanziellen Zuwendungen, die der Staat mehr oder weniger willkürlich an die Bürger verteilt - mit dem Ergebnis, daß deren Abhängigkeit von staatlichen Kassen noch größer wird. Es sind vielmehr Einkommen aus eigener Arbeit, die den eigenen finanziellen Spielraum der Bürger erweitern - also auch ein Stück mehr persönlicher Freiheit bedeuten. Und genau das ist es, was wir wollen!

Meine Damen und Herren, Wachstum und Stabilität haben aber nicht nur Investitionen und Einkommen nachhaltig gestärkt. Auch auf dem Arbeitsmarkt sind positive Veränderungen klar erkennbar. Im September hat die Zahl der Arbeitsplätze erstmals wieder die 26,4-Millionen-Marke überschritten. Dies bedeutet, daß wir jetzt den höchsten Beschäftigungsstand seit 1980 - also immerhin seit acht Jahren - erreicht haben - und dies mit weiter steigender Tendenz.

Auch die Arbeitslosigkeit insgesamt geht zurück. Mit 8 Prozent hat die Arbeitslosenquote zuletzt den niedrigsten Wert seit sechs Jahren erreicht. Natürlich wünschte ich mir, daß dies alles sehr viel schneller ginge. Meine Damen und Herren, Arbeitslosigkeit kann man aber nicht nur mit Hilfe von Statistiken betrachten. Große Schwierigkeiten bestehen für die Betroffenen vor allem dort, wo regionale und strukturelle Probleme zusammenfallen. Trotz unbestreitbarer Fortschritte kann kein Zweifel bestehen, daß weitere Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig sind. Um hier voranzukommen, genügt es jedoch nicht, globale Arbeitslosenzahlen immer wieder zu wiederholen und damit den falschen Eindruck zu erwecken, man könne ihnen mit ebenso globalen Maßnahmen beikommen.

Das Gegenteil ist richtig: Nur wenn Arbeitslosigkeit so differenziert zur Kenntnis genommen wird, wie sie tatsächlich ist, gibt es die Chance, sie Schritt für Schritt zurückzudrängen. Dazu gehört zum Beispiel die Feststellung, daß jugendliche Arbeitslose, die über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, inzwischen durchaus gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Vor vier Jahren standen wir vor dem Problem der Ausbildungsplätze. Und ich danke allen, auch hier im Saal, die mitgeholfen haben, daß wir damals ohne Gesetze, ohne Verordnungen, ohne eine staatliche Ausbildungsabgabe dieses Problem lösen konnten. Das war bürgerliche Mitverantwortung im besten Sinne des Wortes. Heute haben wir in vielen Bereichen ein großes Angebot von Ausbildungsstellen, aber gleichzeitig nicht den notwendigen Nachwuchs.

Ein hoher Ausbildungsstand gehört zu unserem wertvollsten Kapital. Wir sind kein Land, das reich ist an natürlichen Ressourcen. Unser eigentlicher Reichtum sind der Ideenreichtum, der Fleiß, die Einsatzbereitschaft, die Zuverlässigkeit und der hohe Ausbildungsstandard der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, und zwar in allen Bereichen.

Eine Gruppe, der wir uns besonders zuwenden müssen, sehe ich in den rund 1 Million Arbeitssuchenden, die keine berufliche Qualifizierung aufweisen können. Es wird energischer und beharrlicher Anstrengungen bedürfen, für diese große Gruppe von über 50 Prozent der Arbeitslosen Arbeitsplätze zu finden. Und diese notwendigen Anstrengungen - lassen Sie mich das hier ganz deutlich aussprechen - sind nicht allein eine staatliche Aufgabe.

In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung wie der unseren liegen auch Weiterbildung und berufliche Qualifizierung in erster Linie in der Verantwortung von Wirtschaft und Unternehmen, die Tarifpartner haben hier eine ganz besondere Verantwortung. Wenn man noch berücksichtigt, daß auf längere Sicht die negative demographische Entwicklung zu einem knapperen Angebot an Arbeitskräften führen wird, dann ist klar, welche große Bedeutung den Investitionen der Wirtschaft in Weiterbildung und Qualifizierung zukommt.

Um es ganz deutlich zu sagen: Der Rekord-Betrag der Wirtschaft von 170 Mrd. DM für Investitionen in Maschinen und Anlagen in diesem Jahr ist wichtig, denn hiervon hängen Wachstum und Beschäftigung in den kommenden Jahren in hohem Maße ab. Ebenso wichtig, vielleicht sogar noch wichtiger, sind jedoch die 15 bis 20 Mrd. DM, die dafür aufgewendet werden, daß diese neuen Maschinen und Anlagen auch in Zukunft sachgerecht bedient werden können.

Diese Mittel der Unternehmen für Ausbildung und Qualifizierung sind im wahrsten Sinne des Wortes Zukunftsinvestitionen, die längerfristig gesehen gut, ja sehr gut angelegt sind. Es lohnt sich, in das Wissen und Können der Arbeitnehmer zu investieren. Hier liegt ganz ohne Frage ein besonderer Aktivposten des Standortes Bundesrepublik Deutschland - ein Wettbewerbsvorteil, den wir weiter stärken und ausbauen sollten.

Neben der Qualifizierung müssen wir mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung erreichen. Hier ist noch viel zu tun. Es kann uns nicht gleichgültig sein, daß die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit Ländern wie den Niederlanden und Schweden nur 12 Prozent Teilzeitarbeitsplätze aufweist, während es dort 24 Prozent sind. Mehr Teilzeitarbeitsplätze bedeuten vor allem für Frauen, die Berufstätigkeit und Familie in Einklang bringen müssen, eine große Chance.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu unserem Verhältnis zu unseren älteren Arbeitnehmern. Alle großen Kulturen der Weltgeschichte haben einen besonderen Respekt vor Lebenserfahrung und Weisheit gehabt. Meine Damen und Herren, bei uns können Sie feststellen, daß selbst in Bezirken, in denen es nahezu Vollbeschäftigung gibt, Arbeitslose mit über fünfzig Jahren kaum noch unterzubringen sind, weil sie angeblich zu alt sind. Wir sind hier Opfer eines unsinnigen Jugendkults geworden.

Ich habe ganz gewiß nichts gegen junge Leute. Aber ich kann nur leidenschaftlich dafür plädieren, daß wir mit Blick auf den Arbeitsmarkt wieder erkennen, daß Lebenserfahrung neben der Dynamik der Jugend ihren eigenen Wert hat und daß deswegen auch der über Fünfzigjährige eine Chance erhält.

Meine Damen und Herren, die zentrale politische und wirtschaftliche Herausforderung in den vor uns liegenden Jahren ist der europäische Binnenmarkt. Immerhin geht es hier - einer EG-Studie zufolge - um ein Wachstumspotential von bis zu 6 Prozent des EG-Bruttonutzenprodukts und um 5 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze. Auch wenn solche Schätzungen mit der gebotenen Vorsicht zu bewerten sind, zeigen sie doch die Größenordnungen auf, um die es hier geht. Fest steht: Der große europäische Binnenmarkt mit seinen 320 Millionen Menschen wird jeden Unternehmer, Arbeitnehmer und Verbraucher direkt oder indirekt berühren.

Diese Herausforderung des Binnenmarktes werden wir nur dann erfolgreich bestehen, wenn wir alle gesellschaftlichen Kräfte - auch die Repräsentanten der Wirtschaft ebenso wie der Gewerkschaften - für diese Aufgabe gewinnen. Ich habe deshalb Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften zu einer Nationalen Europa-Konferenz am 7. Dezember 1988 nach Bonn eingeladen. Damit möchte ich ein ständiges Forum schaffen, auf dem die anstehenden zentralen europäischen Fragen im Lichte deutscher Interessen gemeinsam analysiert und vertieft werden sollen. Wir müssen erreichen, daß die europäische Dimension zu einem zentralen Thema der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland wird.

Und dies ist nicht nur eine Frage der Europa- und Außenpolitik. Der Weg nach Europa, der Weg in den europäischen Binnenmarkt ist heute eben auch ganz entscheidend von der Frage abhängig, was wir in der Innenpolitik zu leisten in der Lage sind. Die jetzt anstehenden innenpolitischen Reformen - in der

Steuerpolitik, im Gesundheitswesen, bei der Post oder bei der Altersversorgung - haben maßgeblichen Einfluß darauf, mit welcher Startposition wir in den europäischen Wettbewerb hineingehen - ein Wettbewerb, der ja nicht geringer wird, sondern der an Intensität spürbar zunehmen dürfte.

Wenn es uns nicht gelingt, die Belastung aus Steuern und Lohnnebenkosten wirksam zu begrenzen, dann wird dies die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen in Europa in den kommenden Jahren ernsthaft beeinträchtigen. Denn gut 50 Prozent unserer Exporte gehen in die Länder der Gemeinschaft.

Vielen Mitbürgern und auch manchen Unternehmen ist dieser ganz direkte Zusammenhang zwischen den jetzt anstehenden innenpolitischen Reformen einerseits und der Schaffung des einheitlichen europäischen Marktes bis 1992 andererseits noch nicht genügend klargeworden. Dies deutlich zu machen, halte ich für eine der dringendsten Aufgaben.

Meine Damen und Herren, Grundlage für jede erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik ist und bleibt die Solidität der Staatsfinanzen. Auch wenn wir im laufenden Jahr auf Grund der besonderen Situation im Gefolge der Turbulenzen an den Finanzmärkten bereit waren - und dies war ja richtig, wie sich inzwischen gezeigt hat -, ein höheres Haushaltsdefizit in Kauf zu nehmen, so ändert das nichts daran, daß dies kein Dauerzustand sein kann.

Von daher ist es für mich selbstverständlich, daß wir jetzt - also angesichts einer günstigeren konjunkturellen Entwicklung - den größeren finanziellen Spielraum nutzen, um die Neuverschuldung wesentlich zurückzuführen. Diese klare haushaltspolitische Linie habe ich bereits zu Beginn dieses Jahres öffentlich festgelegt. Heute können wir feststellen, daß der Bundeshaushalt 1989 dieser klaren Vorgabe voll entspricht. Ich möchte dies zum Anlaß nehmen, noch einmal zu unterstreichen, daß das Ziel einer wirksamen Ausgabendisziplin und einer Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung unverändert Gültigkeit hat.

Denn nur wenn Vertrauen in die Berechenbarkeit und Solidität der öffentlichen Finanzen besteht, kann von Investoren und Verbrauchern erwartet werden, daß sie ihrerseits die notwendigen Entscheidungen zugunsten von Wachstum und Beschäftigung treffen.

Wachstum und Beschäftigung erfordern zudem eine Steuerpolitik, die die finanzielle Leistungsfähigkeit des einzelnen ebenso berücksichtigt wie seinen berechtigten Anspruch, daß zusätzliche Leistung nicht bestraft, sondern angemessen honoriert wird. Beidem trägt die Steuerreform Rechnung. Sie entlastet die Steuerzahler in drei Stufen bis 1990 insgesamt um nahezu 50 Mrd. DM - und zwar nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch und gerade kleine und mittlere Unternehmen. Schließlich sind 90 Prozent aller Betriebe Personenunternehmen und unterliegen damit der Einkommensteuer.

Dreh- und Angelpunkt der Reform ist die Linearisierung des Einkommensteuertarifs, das heißt die Beseitigung des sogenannten „Mittelstandsbauches“ im Rahmen der Steuerprogression. Diese Maßnahme für sich allein genommen macht immerhin rund 55 Prozent der gesamten Bruttoentlastung der Steuerreform aus.

Dieses zentrale Element wird leider viel zu wenig beachtet, obwohl es für die große Mehrheit der Unternehmen so entscheidend ist und obwohl damit einem Anliegen Rechnung getragen wird, für das Wirtschaft und Mittelstand in der Bundesrepublik Deutschland seit vielen Jahren, ja seit Jahrzehnten, immer wieder gekämpft haben. Ich betone es noch einmal: Die Steuerreform ist in hohem Maße leistungs- und mittelstandsfreundlich. Und weil dies so ist, deswegen sehe ich auch in dieser Reform einen wichtigen Schritt zur Stärkung des Standortes Bundesrepublik Deutschland in den neunziger Jahren.

Steuerpolitik, meine Damen und Herren, muß immer auch im Zusammenhang mit der Entwicklung anderer Abgaben gesehen werden, insbesondere mit den Lohnnebenkosten. Und hier kann kein Zweifel bestehen, daß wir zu einer wirksamen Begrenzung kommen müssen. Ich nenne als Beispiel die Gesundheitskosten, die mit unvorstellbarer Geschwindigkeit nach oben geschnellt sind: 1970 gab die Krankenversicherung noch 24 Mrd. DM aus, in diesem Jahr steigen die Kosten bereits auf rund 125 Mrd. DM!

Daß es mit dieser katastrophalen Entwicklung nicht weitergehen kann, liegt auf der Hand. Dabei hätte ich es gerne gesehen - aber dafür ist gegenwärtig im Bundesrat keine Mehrheit zu erreichen -, wenn wir den Sektor Krankenhäuser sehr viel stärker hätten heranziehen können. Ich bin sicher, daß wir uns dieser Aufgabe werden stellen müssen.

Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen wirkt sich über den Preis unserer Waren und Dienstleistungen auf unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit auf unseren Export aus. Als Exportnation Nummer 1 in der Welt und als ein Land, das rund ein Drittel aller Waren und Dienstleistungen in andere Länder verkauft, können wir uns eine solche Kostendynamik nicht leisten - schon gar nicht mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt.

Aus ähnlichen Gründen brauchen wir auch die Reform des Post- und Fernmeldewesens. Denn hier geht es um eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur, auf die wir als eine der führenden Industrienationen der Welt mit Sicherheit noch weniger verzichten können als andere.

Alle diese Reformvorhaben sind keine isolierten Veranstaltungen, sondern stehen in einem engen konzeptionellen Zusammenhang. Staatsfinanzen und Steuern, Renten, Gesundheit und Poststruktur - sie alle haben sicherlich ihre eigenständige Bedeutung, aber sie entfalten ihre volle Wirkung erst in ihrer Beziehung zueinander. Konkret gesprochen: Steuersenkungen nützen nur wenig, wenn sich die Lohnnebenkosten gleichzeitig weiter nach oben bewegen, und eine vernünftige Unternehmensbesteuerung verliert ihren Wert, wenn die gleichen Unternehmen nicht über ein ausreichendes Angebot an modernen Kommunikationstechniken verfügen können. Ich sage deswegen noch einmal: Alle diese Reformen sind notwendig, um den Standort Bundesrepublik Deutschland im europäischen Binnenmarkt der neunziger Jahre zu sichern und zu stärken.

Meine Damen und Herren, als führendes Exportland trägt die Bundesrepublik Deutschland besondere Verantwortung auch für politische und wirtschaftliche Entwicklungen jenseits unserer Grenzen. Und hier ist für uns von besonderer Bedeutung: Der europäische Binnenmarkt darf nicht zu einer Abschottung nach außen führen.

Eine „Festung Europa“ wäre ein verhängnisvolles Mißverständnis der europäischen Einigung. Die Früchte des Binnenmarktes werden wir nur ernten, wenn Europa gegenüber dem Weltmarkt offenbleibt und Handelsbarrieren weltweit abgebaut werden.

Deswegen kommt der bevorstehenden Halbzeitkonferenz des GATT große Bedeutung zu. Hier geht es darum, die handelspolitischen Weichen für die nächste Dekade zu stellen. Ich hoffe sehr darauf, daß hier substantielle Fortschritte erzielt werden können. Dies wäre ein ermutigendes Signal für Welthandel und Weltwirtschaft in den nächsten Jahren. Es gibt übrigens noch ein Argument, das viel zu wenig beachtet wird: Zu den Risiken für die Zukunft gehören die Schwierigkeiten im Nord-Süd-Dialog. Eines Tages können die Nord-Süd-Probleme durchaus bedeutsamer sein, als es die Ost-West-Fragen heute sind. Daher müssen wir schon heute darüber nachdenken, was hier zu tun ist.

Meine Damen und Herren, ermutigend ist die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft auf dem Weg zum Binnenmarkt 1992. Hier hat es während der deutschen Präsidentschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres greifbare Fortschritte gegeben, auf die wir stolz sind.

Am Ende unserer Präsidentschaft konnte der Europäische Rat in Hannover feststellen, daß der Weg zu einem einheitlichen Markt jetzt unumkehrbar geworden ist. Zu den schwierigsten Aufgaben, die wir bis Ende 1992 abschließen wollen, gehört die Beseitigung der Steuerschranken. Die Bundesregierung ist bereit, die Diskussion über die politischen Kernpunkte des Konzepts der EG-Kommission weiterzuführen mit dem Ziel, einen Grundkonsens zu erzielen. Wir wissen, hier liegen noch schwierige Beratungen vor uns.

Von besonderer Bedeutung für die deutsche Ernährungsindustrie ist die künftige Gestaltung des Lebensmittelrechts. Die Bundesregierung tritt hier für differenzierte Lösungen ein, die sowohl den



unverzichtbaren Verbraucherschutz als auch den fairen Wettbewerb der Unternehmen sichern.

Die gegenseitige Anerkennung nationaler Vorschriften ist dabei nicht immer ausreichend. Wir brauchen ein europäisches Lebensmittelrecht, und wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir uns national darauf einstellen können. Wir wollen keine Absenkung des Qualitätsstandards. Außerdem müssen die Bezeichnungen eindeutig geregelt werden. Hierin weiß ich mich einig mit der Ernährungsindustrie und mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten.

Ich weiß, daß die deutsche Ernährungsindustrie sich der europäischen Herausforderung schon seit langem mit Beweglichkeit und Kreativität stellt. Der Kaufkraftzuwachs und die insgesamt erfreuliche Konjunktorentwicklung schlagen vermehrt auf die Geschäftslage Ihrer Unternehmen durch. Die Stimmung ist insgesamt mit Recht zuversichtlich. Die deutsche Ernährungsindustrie hat weiterhin gute Entwicklungschancen.

Auf drei Dinge kommt es meines Erachtens dabei besonders an:

- Eine hohe Qualität im Hinblick auf Gesundheit und Geschmack.
- Konsequente Berücksichtigung der Verbraucherwünsche, die im europäischen Binnenmarkt und in den Drittländern eben unterschiedlich sind.
- Rationalisierung und Kostensenkung, um im Wettbewerb zu bestehen.

Der Verbraucher, dem es heute trotz umfangreicher Produktinformationen und vielfältiger Aufklärung nicht immer leichtfällt, sich die nötige Warenkenntnis zu verschaffen, erwartet zuallererst Qualität und Vielfalt. Hier hat die Ernährungsindustrie alle Möglichkeiten, vor allem das vielseitige, hochwertige und preisgünstige Rohstoffangebot der deutschen und europäischen Landwirtschaft zu nutzen. Der Verbraucher steht Zusatz- und Hilfsstoffen bei Nahrungsmitteln zunehmend kritisch gegenüber, und es wäre ein Rückschritt, wenn wir die technischen Möglichkeiten der Industrie nicht nutzen würden, um weniger Zusatzstoffe zu verwenden.

Es ist eine unternehmerische und verbandspolitische Aufgabe von höchstem Rang, die Chancen dieses großen Binnenmarktes von 320 Millionen Verbrauchern zu erschließen. Voraussetzung dafür ist eine europäische Unternehmensphilosophie. Dabei wäre es falsch zu glauben, daß sich Ende 1992 überall in Europa einheitliche Eßgewohnheiten und Verbraucherpräferenzen herausbilden werden. Erfolgreich werden in Zukunft vielmehr die Unternehmen sein, die in der Lage sind, regionale und lokale Besonderheiten und differenzierte Verbraucherwünsche optimal EG-weit zu bedienen.

Heute bewegt den Verbraucher auch die Frage, ob das, was er kauft, umweltschonend produziert worden ist. Hier wird erfreulicherweise ein geschärftes Umweltbewußtsein sichtbar, das Politiker und Unternehmer in gleicher Weise nutzen müssen.

Ich rate uns allen, die Soziale Marktwirtschaft um die ökologische Dimension zu erweitern. Und diese Dimension ist übrigens bereits zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor unseres Landes geworden. Wer die diesjährige Hannover-Messe besucht und dort gesehen hat, was sich auf diesem Gebiet entwickelt, der versteht, daß wir hier zusätzliche Chancen gewinnen und daß das rechtzeitige Handeln in Sachen Umweltschutz auch ökonomisch vernünftig ist.

Ich weiß, daß die umweltpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung insbesondere auf dem Gebiet der Luftreinhaltung, der Abfallwirtschaft und des Wasserrechts die Unternehmen zunächst mit Kosten belasten. Dies sind jedoch Investitionen in unsere Zukunft. Der Vorsprung, den unsere Industrie bei der umwelt- und ressourcenschonenden Produktion heute gewinnt, wird sich morgen als Wettbewerbsvorteil auszahlen.

Kräftige Impulse für unsere Ernährungsindustrie ergeben sich auch daraus, daß der europäische Verbraucher im Zuge der weiteren Spezialisierung und Arbeitsteilung vermehrt Dienstleistungen nachfragt.

Natürlich wird es mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes einen verschärften Wettbewerb geben. In einigen Bereichen sind wir dafür bereits gut gerüstet; in anderen müssen wir uns weiter darauf vorbereiten, damit wir stark genug sind. Wir müssen uns für Europa und für den größeren weltweiten Wettbewerb sozusagen „fit machen“. Eine entscheidende Rolle wird dabei die Innovationsfähigkeit der Unternehmen spielen.

Bei Industrie und Handel ist in der jüngsten Vergangenheit eine beachtliche Bewegung zu beobachten. Unternehmenszusammenschlüsse und Handelskonzentration zeigen, daß sich die Wirtschaft auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellt. Aber Größe allein ist keine Garantie für Erfolg im Binnenmarkt. Gerade mittelständische Unternehmen werden bei der breiten Vielfalt des Nahrungsmittelmarktes ihre Chancen nutzen können. In ihrem Interesse werden wir dafür Sorge tragen, daß möglichst einfache Warenkontrollverfahren ohne administrative Störungen in Europa zur Anwendung kommen.

Ich zweifle nicht, daß auch die deutschen Unternehmen auf den Nahrungsmittelmärkten ihre Marktstrategien überprüfen und neu ausrichten. Mein Ziel ist es, Ihnen hierbei dadurch zu helfen, daß wir so schnell wie möglich für überschaubare und verlässliche Rahmenbedingungen in der Gemeinschaft sorgen, damit Sie wissen, worauf Sie sich einzustellen haben.

Der Binnenmarkt wird auch die Mobilität der europäischen Arbeitnehmer erhöhen. Der „menschliche Faktor“ - von ihm hängen Kreativität und Erfolg letztlich ab - wird im schärferen Wettbewerb des europäischen Binnenmarktes herausragende Bedeutung erhalten. Wir berühren hier die soziale Dimension des Binnenmarktes. Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, Herr Bahlsen, daß Sie sich im Laufe der Tagung auch mit dieser Frage auseinandersetzen werden.

Denn es ist eine Illusion zu glauben, daß dieses Europa sich so entwickelt, wie wir es wünschen, wenn sich die Arbeitnehmerschaft in Europa - das sind weit über 80 Prozent der Bevölkerung - in diesem Europa nicht wiederfindet. Die Entwicklung im sozialpolitischen Bereich muß mit der wirtschaftlichen Integration Europas Schritt halten. Der Integrationsgewinn des Binnenmarktes muß auch als sozialer Fortschritt sichtbar werden. Beim Europäischen Rat in Hannover haben wir diese Verpflichtung ausdrücklich in den Vordergrund geschoben, und auch beim kommenden Europäischen Rat auf Rhodos wird dies im Vordergrund stehen.

Meine Damen und Herren, der europäische Binnenmarkt ist eine Etappe auf dem Weg zur Europäischen Union. Trotz aller Schwierigkeiten und bei allem Pragmatismus dürfen wir dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Wir wollen uns in dem Teil Europas, in dem die Völker und ihre Regierungen dies können und wollen, enger zusammenschließen. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß diese Gemeinschaft notgedrungen ein Torso ist, nur ein Teil Europas. Wichtige europäische Länder können - oder wollen - zur Zeit dieser Gemeinschaft nicht beitreten.

Es geht dabei im Kern gar nicht um die Aufgabe nationaler Souveränität. Es geht vielmehr darum, wie wir im Rahmen der bestehenden engen Verflechtungen, ja Abhängigkeiten in allen Kernbereichen unseres Handelns „unsere Souveränität am besten bündeln“, sie gemeinsam ausüben können, damit sie wirksam zum Tragen kommt. Es geht dabei auch nicht etwa um die zentralistische Reglementierung aller Lebensvorgänge - dies kann nicht unser Ziel sein -, sondern um die gemeinsame freiheitliche und gesicherte Zukunft unserer Völker.

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland steht vor ihrem 40. Geburtstag. Für uns ist dies ein Anlaß, uns an die große Aufbauleistung der Anfangszeit zu erinnern. Die Menschen hierzulande sind nach dem Zusammenbruch nicht verzweifelt. Sie haben damals die Chance zum Neuanfang ergriffen und haben eine gute Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet.

Wir, die Nachkommen dieser Aufbaugeneration, sind aufgerufen, dieses Werk fortzusetzen. Die Deutschen



haben keinen Grund, mit Pessimismus in die Zukunft zu schauen. Wir stehen sicher vor Herausforderungen, die unseren ganzen Einsatz erfordern. Aber es lohnt sich, für dieses Land, für unser Vaterland, zu arbeiten.